



## **Asyl und Migrationspolitik in der EU und Deutschland**

### Adressat

Der Landesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und an die Bundesgremien weiterleiten.

Dieser Antrag wurde von der AG 60plus-Südpfalz an die AG 60plus-RLP gestellt.

### Antrag

1. Abschaffung des Dublin-Vertrages
2. Streichung im EU-Migrationspakt:  
„Ausweitung der freiheitsentziehenden Maßnahmen in grenznahen Infrastrukturen der Internierung und Abschiebung“. Was nichts anderes bedeutet, als die Ausweitung der seitherigen unmenschlichen Internierungslager-Praxis.
3. Das Modell von sogenannten „Abschiebepatenschaften“ für Staaten wie Ungarn, Polen und weitere Länder, die sich weigern Flüchtlinge aufzunehmen, ist abzulehnen.
4. Deutschland muss entsprechend seiner Größe und Wirtschaftskraft seinen Anteil von Flüchtlingen aufnehmen.

### Begründung

zu 1.

Mit großer Sorge sehen wir, dass das Asylrecht in dem EU-Migrationspakt der Kommission weiter bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt wird.

Entgegen der Ankündigung von Frau von der Leyen und Frau Merkel wurde der Dublin-Vertrag nicht abgeschafft. Dieser Vertrag gehört zu den Grundübeln der EU – Migrationspolitik und ist extrem ungerecht. Wir fordern, dass die SPD-Führung sich energisch dafür einsetzt den Dublin- Vertrag ersatzlos zu streichen.

zu 2.

Diese Maßnahmen haben schon bisher nicht funktioniert ((siehe Moria), widersprechen den EU-Standards der Menschenrechte und Menschenwürde, und sollen jetzt noch ausgeweitet werden.

zu 3.

Es ist grotesk, dass gerade die Staaten der EU, die eine Menschenunwürdige Asylpolitik betreiben, nun die Vollstrecker der Abschiebung sein sollen!

zu 4.

Bei uns in Deutschland verbietet unser „christlicher“ Innenminister Städten und Kommunen, die dazu bereit und in der Lage sind, notleidende Menschen aus Moria und ähnlichen Lagern aufzunehmen.

Wir fordern, dass die SPD dringend Mittel und Wege sucht, dieses zu ändern. Die Parteiführung soll sich dafür einsetzen, dass das ewige Verstecken hinter der fehlenden “EU-Einigkeit“ ein Ende hat. Dies ist beschämend und moralisch inakzeptabel

Vorstand der AG 60plus-RLP

Mainz, 30.10.2020